

Zukunftsfähigkeit der Theaterlandschaft sichern

MdL Katja Mitteldorf: „Wir stehen zu unseren Theatern und Orchestern“

„Seit einiger Zeit werden sehr intensive Gespräche zwischen der Landesregierung, den Trägerkommunen und den Theatern und Orchestern geführt, um gemeinsam die Zukunftsfähigkeit unserer Thüringer Theaterlandschaft auch über die nächsten fünf Jahre hinaus zu sichern“, sagte die stellvertretende Vorsitzende und kulturpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Katja Mitteldorf. „Sobald die Gespräche abgeschlossen sind, wird das gemeinsam und auf Augenhöhe erarbeitete Konzept vorgelegt werden.“

„Die Zeit bis dahin sollte allen handelnden Personen auch gegeben und nicht reflexartig nach einer Presseveröffentlichung (Thüringische Landeszeitung vom 20. August) nach Ergebnissen gerufen werden, die noch gar nicht vorliegen“, so die Abgeordnete mit Blick auf eine Pressemitteilung der CDU-Fraktion vom gleichen Tag.

Bis dato habe sich die CDU auch eher wenig für die kulturpolitische Entwicklung interessiert. „Als sie noch einen Kulturminister stellte, war das einzige kulturpolitische Konzept der CDU eine Kürzung des Gesamtetats um zehn Millionen Euro. Hier von ‚einfühlsamer Kulturpolitik‘ zu sprechen, ist eine Farce und ein Schlag ins Gesicht der Intendanten und Theatermacher, die sich sehr engagiert seit vielen Monaten in Arbeitsgruppen mit der Frage der zukünftigen Theater- und Orche-

sterstruktur beschäftigen. Vielleicht sollte der CDU-Abgeordnete Jörg Keller nicht nur Zeitung lesen, sondern sich auch mal persönlich mit den Theatermachern unterhalten.“ Wie „einfühlsam“ die CDU-Fraktion wirklich mit der Kultur umgehe, sei auch daran zu erkennen, dass sie beim Landeshaushalt 2015 Mittelkürzungen im Kulturbereich beantragt hatte.

Katja Mitteldorf verwies auf den Koalitionsvertrag, „in dem eindeutig festgehalten ist, dass wir die Mittel für die

Theater und Orchester verstetigen werden und alle produzierenden Standorte erhalten wollen. Ich finde, der Weg des Dialogs ist richtig und fruchtbringend. Mögliche Diskussionsstände gehören daher auch nicht in den öffentlichen Raum. Wir stehen zu unseren Theatern und Orchestern und unterstützen die Landesregierung in ihrem Kurs, die Gespräche auf Augenhöhe weiter zu führen.“

„Kein Lob des Status quo“

Unter der Überschrift „Kein Lob des Status quo“ hat sich Prof. Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Chef der Thüringer Staatskanzlei und Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten, als Freitag-Community-Mitglied am 20. August in einem ausführlichen Beitrag (<https://www.freitag.de/auto-ren/benjamin-immanuel-hoff/kein-lob-des-status-quo>) geäußert. Er schreibt u.a.:

„Seit Beginn des Jahres führt die Staatskanzlei mit den kommunalen Trägern und Theaterintendanten Gespräche über die von allen Beteiligten gesehene Notwendigkeit von Strukturveränderungen zur Sicherung von Qualität und Angebot. Ziel ist es, langfristig stabile Strukturen zu schaffen sowie Finanzierungssicherheit und Tarifgerechtigkeit herzustellen. Ein Umbau soll be-

hutsam und ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen. Grundlage der Gespräche mit Intendanten und Kommunen war und ist die Vereinbarung, dass zunächst in einem nichtöffentlichen Raum unterschiedliche Varianten entwickelt und abgewogen werden.

Die Thüringischen Landeszeitung (TLZ) hat nun heute Zwischenstände aus diesem Prozess, Dokumente geleakt. Das ist ihr gutes Recht als Zeitung. Ob es der kulturpolitischen Debatte nützt, steht auf einem anderen Blatt. Theaterträger, Intendanten und das Land haben sich gemeinsam darauf verständigt, vertrauensvoll und in einem nichtöffentlichen Raum Varianten zu diskutieren, also auch mal schwarze Schwäne zu denken, um dann nach Abwägung einzelne dieser Varianten wieder zu verwerfen. Im Konsens. Auf Basis dieser Debatte soll dann im Oktober ein abgestimmter Vorschlag entstehen, der öffentlich diskutiert werden kann. Nicht in jedem Bundesland wird derzeit der Versuch unternommen, vertrauensvoll und gemeinsam an der Lösung von Herausforderungen im Theaterbereich zu arbeiten, um z.B. die Tariflücke bei den Beschäftigten zu schließen. Die Veröffentlichung von Zwischenständen und das Erwecken des Eindrucks von betriebsbedingten Kündigungen in den Theatern schafft jedoch nur eins: Es werden Ängste und Befürchtungen geschürt, vor allem bei den Beschäftigten. Das ist nicht sinnvoll.“

Anti-Windkraftkampagne der CDU



Mit Kritik am Ausbau der Windenergie hat die CDU-Fraktion im Thüringer Landtag eines ihrer Schwerpunktthemen in der Auseinandersetzung mit der rot-rot-grünen Landesregierung gefunden. Zwar wurden alle ca. 750 Windräder, die in Thüringen in Betrieb sind, in der Regierungszeit der CDU genehmigt (noch in deren Koalitionsvereinbarung mit der SPD war 2009 ausdrücklich vermerkt, der Energiebedarf müsse künftig „zunehmend“ aus erneuerbaren Energien – dabei wurde ausdrücklich auch die Windkraft genannt – gedeckt werden), doch das wird unterschlagen. Stattdessen bearbeitet die CDU das Thema kampagnenartig und mit bewusst populistischem Akzent. Seit März 2015 haben vier bis fünf Prozent der Pressemitteilungen der CDU-Fraktion die Anti-Windkraft-Kampagne zum Thema, Tendenz seit Juni steigend. (sw)

Nebenbei NOTIERT

von Stefan Wogawa

Der Abschied des „Sonntagsredners“

Mit geradezu grotesken Vor-schusslorbeeren war er seinerzeit ins Amt gehievt worden: Paul-Josef Raue sei „einer der erfahrensten und renommiertesten deutschen Chefredakteure“, hatte die WAZ-Gruppe behauptet, als sie ihn an die Spitze der Thüringer Allgemeinen (TA) setzte. Das roch bereits unangenehm.

Jetzt, fast sechs Jahre später, firmiert die einstige WAZ-Gruppe als Funke-Mediengruppe (in Thüringen immer noch Monopolist – aber mit drastisch gesunkener Auflage); von ihr wurde im August offiziell mitgeteilt, Raue habe sich „große Verdienste“ um die TA erworben und zudem „enorm viele Urlaubstage angesammelt“. Die bizarre Verlautbarung garnierte diesmal den Abgesang: Raue verlasse seinen bis Ende Oktober laufenden Vertrag auf eigenen Wunsch vorzeitig.

Andere hatten ohnehin schon früher ein alternatives Bild vermittelt. Raue sei demnach als „der Sonntagsredner“ bekannt, hieß es, oder – noch delikater – als „Doppel-D“ berüchtigt: das stehe für „Dampfplauderer und Despot“. Unter dem Titel „Ein Mann sieht rot“ hatte auch ich 2011 einen längeren kritischen Beitrag über Raue veröffentlicht. Das führte zu allerlei Aufgeregtheiten in der TA-Chefetage – und zu einer Reihe von sehr aufschlussreichen Mails von Kollegen, die bei dem Blatt arbeiteten...

Mediales Gossen-„Niveau“ blieb das Metier Raues bis zum Schluss. Über „Banausen in der Regierung“ keifte er in einem Kommentar noch am 21. August (laut MDR-Bericht sein letzter Arbeitstag). Hinsichtlich des Chefredakteurs kann es wohl nur besser werden bei der TA. Ob auch generell, ist indes fraglich. Die Funke-Gruppe experimentiert derzeit nämlich mit der Produktion der überregionalen Inhalte für ihre Zeitungen in einer Zentralredaktion in Berlin.

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in UNSERE NEUE ZEITUNG.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Dr. Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2293; Fax: 0361 - 377 2321
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.